

Niedersächsischer Landtag – 15. Wahlperiode – 29. Plenarsitzung am 10. März 2004

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:

Bürokratieabbau in der Pflege

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP –Drs. 15/827

und

Tagesordnungspunkt 9

Erste Beratung:

Pflege in Niedersachsen: Niedrigschwellige Angebote aufbauen, Bürokratie abbauen, Qualität sichern

Antrag der Fraktion der SPD Drs. 15/845

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die nächste Rednerin zum Antrag der SPD Fraktion ist Frau Groskurt. Bitte schön Frau Groskurt.

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktionen der CDU und der FDP fordern in ihrem Antrag Bürokratieabbau in der Pflege. Dagegen ist erst einmal nichts einzuwenden.

(David McAllister (CDU): Richtig!)

-Danke schön. – Wir können Ihrem Antrag in der vorliegenden Form allerdings trotzdem nicht zustimmen. – Jetzt müssen sie „Nicht richtig“ sagen, oder?

(David McAllister (CDU): Leider, schade)

Die Proportionen sind nicht ausgewogen. In einigen Punkten ist der Antrag zu dünn und in anderen zu dick – also Dokumentation zu dick, Menschlichkeit zu dünn. Worum die Landesregierung tatsächlich gebeten wird, ist nicht konkret formuliert. In Ihrem Antrag heißt es: „Die Landesregierung wird gebeten“, „zu Überprüfen“, „darauf Hinzuwirken“ und „ggf. eine entsprechende Bundesratsinitiative vorzubereiten“. Soll Sie nun oder soll Sie nicht?

(Beifall der SPD)

Die deutlichste Formulierung besteht in der Bitte, die Zusammenarbeit voranzutreiben. Heftig! Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, so geht es nicht. So kommen wir nicht weiter. Was verstehen Sie eigentlich unter Bürokratieabbau?

(Heidemarie Mundlos (CDU): Das finde ich stark, dass ausgerechnet Sie das sagen!)

Frau Meißner hat einiges vorgeschlagen. Die in vielen Einrichtungen mit technischer Unterstützung optimal praktizierten Pflegedokumentationen sind nicht das Problem Nummer eins. Das Kuratorium Deutsche Altenhilfe hält zur Qualitätssicherung in der Pflege ausdrücklich fest, dass bürokratische Standards in der Pflegedokumentation Übergaben des Pflegepersonals erleichtern. Außerdem können durch die Aufzeichnung der Tätigkeiten diese auch von den Angehörigen und Ärzten nachvollzogen werden; sie dienen zur Information Angehöriger und Ärzte.

Ihr Argument, durch die Abschaffung des Pflegewohngeldes werde Bürokratie abgebaut, ist dagegen völlig unsinnig. Der Vertreter des Ministerium musste Zugestehen, dass für ca. 60 % der Menschen, die in Niedersachsen in einer vollstationären Einrichtung untergebracht sind, festgestellt werden müsse, ob der Sozialhilfeträger zur Leistung verpflichtet sei oder ob Angehörige zur Leistung herangezogen werden könnten. Bei dieser durchzuführenden Prüfung handelt es sich in der Tat um einen zusätzlichen Aufwand. Auch in der Anhörung selbst mussten die Ihnen mehr als wohl gesonnenen Vertreter der Spitzenverbände feststellen: Es ist nicht angebracht, von erheblichen Verwaltungsvereinfachungen zu sprechen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wurde noch deutlicher, indem sie sagte: Von einer Verwaltungsvereinfachung für die Einrichtungen kann auf keinen Fall gesprochen werden

Die immer wieder vorgetragenen Ankündigungen der Sozialministerin – eben auch noch einmal von Frau Meißner unterstützt und unterstrichen -, die Zeit für die Pflege und menschliche Zuwendung müssen wieder wichtiger werden als das Ausfüllen umfangreicher Formulare, haben bisher weder ein Konzept zur Bürokratieabbau noch gegenüber dem Bundesgesetzgeber oder gegenüber den Pflegekassen eine wie auch immer geartete Initiative hervorgebracht.

Sie sollten also Ihre Zeit nicht mit einem Antrag zum Bürokratieabbau in der Pflege verschwenden, sondern sollten endlich ein vernünftiges Konzept vorstellen – Anlehnung an den SPD-Antrag. Der umfassende SPD-Antrag enthält dringend notwendige Forderung.

Heidemarie Mundlos (CDU): Da
Müssen Sie wohl selber schmunzeln!
Dr. Philipp Rösler (FDP): Da lächeln auch Sie!

Ich habe einfach zurückgelächelt. Frau Mundlos. – Niedrigschwellige Angebote aufbauen, Bürokratie abbauen, Qualität sichern – ein solches Konzept werden wir dann gerne mittragen. Zu Beginn dieser Legislaturperiode blitzte bei der SPD-Fraktion kurz der Gedanke auf, dass die momentane Landesregierung den guten Willen haben könnte, die gute Sozialpolitik der vorherigen Landesregierung fortzusetzen. Das war allerdings nur ein Blitzlicht und hatte keine Chance, die schwarze Dunkelkammer nachhaltig zu durchdringen.

(Klaus Rickert (FDP): Wie so viele
Sachen bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, bitte versuchen Sie, sich daran zu erinnern, was Sie in der Opposition gefordert haben.

(Hans-Dieter Haase (SPD): Das
haben die alles verdrängt!)

Wenn die Erinnerung dann zurückkehrt, müssten Sie eigentlich unserem Antrag zustimmen. Er enthält alles, was Sie schon immer gefordert haben.

(Beifall der SPD)

Ich nenne einige Ihrer Forderungen – aber nur ausschnittsweise, sonst müssten wir doch noch am Freitag ins Plenum kommen- : 21. August 2002, CDU-Antrag: Bessere Hilfe für Demenzkranke in Niedersachsen. Der Antrag hatte zehn Punkte. Die Landesregierung wurde aufgefordert. – Ja, das waren noch Zeiten.

(Heidemarie Mundlos (CDU): Ja wir
wussten schon immer, was wir
wollen!)

Die SPD-geführte Landesregierung hat bessere Hilfen geschaffen. Ich sage Ihnen auch, welche, damit Sie sich erinnern.

(David McAllister (CDU): Was? Sie haben mal was gutes gemacht?)

- Das können Sie gar nicht alles behalten haben, was wir Gutes getan haben. Das war einfach zu viel für Sie.

(Beifall der SPD)

Sie hat am 28. August 2002 eine Verordnung über die Anerkennung von niedrigschwelligem Betreuungsangebot nach § 45 b SGB XI. Buches des Sozialgesetzbuches erlassen.

Keine Anfrage vom 01. Oktober 2002 der CDU-Abgeordneten des Sozialausschusses: Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für demenzkranke Pflegebedürftige. Frage der CDU: Wie hoch ist der Anteil der auf Niedersachsen entfallenden Mittel nach § 25 c SGB XI zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für demenzkranke Pflegebedürftige voraussichtlich? – Antwort der Landesregierung: 1 Million pro Jahr.

Frage der CDU: Will die Landesregierung sicherstellen, dass die auf das Land entfallenden Mittel in derselben Höhe kofinanziert werden? –Antwort: Ja

Da ab 4. März 2003 die augenblickliche Landesregierung untätig ist, warten demenzkranke Menschen und ihre angehörigen in Niedersachsen immer noch auf niedrigschwellige Versorgungsangebote, die die häusliche Pflege unterstützen und Angehörige entlasten. Die Träger von Pflegeeinrichtungen warten noch immer auf die von der Landesregierung versprochene Entbürokratisierung. Die Bundesregierung hat mit dem Pflegequalitätssicherungsgesetz und dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz auf die Anforderungen reagiert

(Zustimmung von Hans-Dieter Haase)
(SPD)

indem sie die Schaffung einer Struktur niedrigschwelliger Angebote finanziell fördert. In Niedersachsen allerdings wurden von der derzeitigen Regierung die Mittel nicht angefordert:

(Hans-Dieter Haase (SPD): Skandal!)

1 Million Euro für 2003, 1 Million Euro für 2004, insgesamt – eins und eins klappt hier, glaube ich, noch – 2 Millionen Euro. Die Sozialministerin hat im Dezember-Plenum erklärt, die Anerkennung der niedrigschwelligen Angebote für Demenzkranke sei längst erfolgt, die Förderrichtlinien ständen jetzt vor der Anhörung, Haushaltsmittel seien in Höhe von 1 Million Euro eingestellt. Dass die Haushaltsmittel auf dem Papier stehen, hilft niemandem. Sie müssen auch eingesetzt werden, damit die Förderanteile von jeweils 1 Million Euro pro Jahr nicht verloren gehen. Im Landeshaushalt 2003 und 2004 stehen jeweils 1 Million Euro für niedrig-schwellige Angebote, die leider nie dafür ausgegeben wurden, sondern einfach eingespart wurden Sie haben offensichtlich 2 Millionen Euro liegen lassen, auf die Demenzkranke und deren Angehörigen warten.

Frau Ministerin, wir alle wissen, dass Sie die schwere Aufgabe haben, 41 Millionen Euro einsparen zu müssen.

(Zuruf von der CDU: Ja, warum wohl?)

Geben Sie deshalb vorsichtshalber die 2 Millionen Euro nicht aus, die bereits im Haushalt stehen? Müssen wir uns darauf gefasst machen, dass Sie noch an anderen Stellen bereits eingestellte Mittel einsparen? Oder verbietet Ihnen der Finanzminister bestimmte Ausgaben und haben Sie nicht den Mut, diese inzwischen 2 Millionen Euro durchzusetzen, die so sehr helfen würden, dass Demenzkranke menschenwürdig leben können? – Sie sparen damit die soziale Infrastruktur kaputt. Sie führen Niedersachsen zielstrebig in den Pflegenotstand.

Sie fordern in netten Grußworten eine Entlastung der pflegenden Angehörigen. In Wirklichkeit werden aber offensichtlich nur wenige Gedanken daran verschwendet, da tatsächlich gar nichts passiert. Das ist nicht geradlinig. Ich plädiere dafür, endlich die Überschriftenpolitik wegzulassen und sich konzentriert mit den Problemen auseinanderzusetzen.

(Beifall der SPD)

Die Probleme stehen jetzt mit einer Dynamik und mit einem Zeitdruck vor uns, die keine Verschiebungen mehr zulassen. Daran sollten wir endlich gemeinsam arbeiten, und Sie sollten unserem Antrag zustimmen. – Danke schön.

(Beifall der SPD)

Zwischenzeitlich reden die Abgeordnete Heidemarie Mundlos (CDU) die Abgeordnete Ursula Heimhold (Bündnis 90/Die Grünen) und die Ministerin Dr. Ursula von der Leyen (CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Frau Kollegin Groskurt zu Wort gemeldet. Bitte!

Ulla Groskurt (SPD):

Frau Mundlos, ich danke für die Belehrung. Ich bin der Auffassung, dass das Parlament die Pflicht und die Aufgabe hat, die Landesregierung aufzufordern, unseren Anträgen zu folgen. Das ist unser Job, den sollten wir ordentlich machen. Das hat nichts mit Vertrauen oder Nichtvertrauen zu tun, das wir in die Landesregierung haben.

Nachdem Sie unseren Bundeskanzler angesprochen haben, muss ich auf Folgendes kurz zurückkommen. Modellprojekte des Bundes – das müsste eigentlich jedem klar sein.

(Dr. Philipp Rösler (FDP): Haben nicht funktioniert!)

haben den Charakter, die Länder zu unterstützen; die Länder sollten das dann aufgreifen und weiterführen. Es ist ja der Sinn der Sache, dass sie auslaufen. Das ist halt der Charakter. Also muss sich das Land darauf einstellen und Vorsorge treffen, solche Projekte weiterzuführen, wenn es sie, wie Sie eben gesagt haben, als gut und richtig empfindet. Wir haben keinen Zweifel daran, dass unser Kanzler noch lange Kanzler ist.

(Beifall bei der SPD – Dr. Philipp Rösler (FDP): Ach, Sie sind das? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich freue mich jetzt schon darauf, Herr Thümler.

(Weitere Zurufe der CDU)

Zu dem Aufzeichnungen vom Pflegepersonal: In den Parlamentsferien arbeite ich – im Altenheim, eine ganze Schicht sieben Tage lang. Von daher habe ich selbst erfahren, wie die Pflegekräfte mit diesen Dokumentationen arbeiten können. Sie dauern niemals 45 Minuten, wenn das optimal in ein Formblatt eingegeben wird. Es handelt sich um Strichaufzeichnungen, die während der Übergabe nur ganz wenig Zeit in Anspruch nehmen. Ich war in diesem Haus statuslos, hatte von daher ein kollegiales Verhältnis und konnte Einblicke bekommen, ohne dass etwas geschönt war.

Ich möchte Sie noch einmal bitten: Gehen Sie mit uns zusammen; machen wir einen gemeinsamen Antrag! Auch in unserem Antrag stehen niedrigschwellige Angebote für Demenzkranke vorne an erster Stelle und nicht unter "ferner liefern". Wir sollten uns gemeinsam anstrengen, damit wir das nun endlich gemeinsam vorwärts bringen.